

Protokoll Einwohnerrat Wohlen

14. Sitzung vom 14. Oktober 2019 von 18:00 bis 20:05 Uhr im Casino Wohlen

Vorsitz Edwin Brunner, Präsident

Protokollführung Michelle Hunziker, Gemeindeschreiber-Stv.

Präsenz

Einwohnerrat
Mitglieder des Einwohnerrats: 35
Absolutes Mehr: 18
Zweidrittelsmehr: 24

Gemeinderat
Arsène Perroud, Gemeindeammann
Roland Vogt, Vizeammann
Thomas Burkard, Gemeinderat
Ariane Gregor, Gemeinderätin

Weitere Anwesende
Christoph Weibel, Gemeindeschreiber
Sabrina Siegrist, Gemeindeschreiber-Stv. II
Stefan Leuenberger, Bereichsleiter Planung, Bau & Umwelt
Marcel Christen, Bereichsleiter Sicherheit
Thomas Laube, Bereichsleiter Finanzen & Ressourcen
Urs Spillmann, Bereichsleiter Gesellschaft, Soziales & Bildung
Gregor Kaufmann, Finanzverwalter
Roland Frick, Finanzverwalter
René Bossert, Stabsdienste Informatik
Matthias Schatzmann, Polizeichef-Stv.
Franco Corsiglia, Präsident Schulpflege
Rolf Stadler, Präsident Schulleiterkonferenz
Ernesto Hitz, Leiter Schulverwaltung
Gerold Brunner, Leiter Betriebsamt
Zeliha Kuscuoglu, Leiterin Liegenschaften & Anlagen
Christoph Meyer, Leiter Tiefbau & Verkehr
Flurin Burkard, Leiter Gesellschaft, Kultur & Sport
René Alet, Leiter Facility Management

Entschuldigungen

Julia Frischknecht, GLP
André Geissmann, SVP
Andreas Eberhart, SVP
Michelle Gregor, CVP
Paul Huwiler, Gemeinderat

TRAKTANDEN

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Kenntnisnahme Finanzplan 2020 – 2029 der Einwohnergemeinde Wohlen AG (14062)
3. Dringliche Anfrage 14063 zur Sistierung der 5G Baugesuche in der Gemeinde Wohlen
4. Budget 2020 der Einwohnergemeinde Wohlen AG (14061)

Brunner Edwin, Präsident:

Eingänge

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 23. September 2019 zu verzeichnen:

- Bericht der FGPK zum Budget 2020
- Dringliche Anfrage 14063 zur Sistierung der 5G Baugesuche in der Gemeinde Wohlen
- Einladung zur Hauptübung der Feuerwehr Wohlen am 19. Oktober 2019

Es liegt auf:

- Antwort zur dringenden Anfrage 14063 zur Sistierung der 5G Baugesuche in der Gemeinde Wohlen

Verabschiedung Anna Keller aus der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission

Brunner Edwin, Präsident: verliest das Rücktrittsschreiben von Anna Keller, Grüne, als Präsidentin aus der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission und bedankt sich bei ihr für den ausserordentlichen Einsatz in der FGPK.

Kenntnisnahme Finanzplan 2020 – 2029 der Einwohnergemeinde Wohlen AG (14062)

Heinrich Daniel, FGPK: Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission erachtet den Finanzplan 2020 – 2029 der Einwohnergemeinde Wohlen als sehr informativ und aussagekräftig. Das Leitbild der Gemeinde Wohlen, das Legislaturprogramm 2018 – 2021, das Budget 2019 der Einwohnergemeinde mit einem Steuerfuss von 110%, die Rechnung 2018 mit einer Nettoschuld von CHF 28.5 Mio. und das Budget 2020, welches heute Abend traktandiert ist, gehören zu den Grundlagen für den vorliegenden Finanzplan. Das enorm hohe Investitionsvolumen, welche man in den nächsten Jahren darf, muss oder sollte getätigt werden, hat den Finanzplan markant beeinflusst. Der Betrag beläuft sich auf CHF 139.6 Mio. Es handelt sich um Projekte, die den Status „geplant“ bereits erreicht haben. Wir geben somit CHF 128.7 Mio. aus. Es wird CHF 90.3 Mio. in die Bildung und CHF 39.5 Mio. in den Verkehr investiert, beides mehr als notwendig. Die Verkehrsprojekte werden jedoch teilweise vom Kanton oder von Drittperson in die Wege geleitet. Dazu kommen noch ein unbekannter Posten und die Wünsche vom Volk, wie beispielsweise ein Bau eines neuen Schulhauses oder Kindergarten in Anglikon. Ebenfalls beinhaltet der Finanzplan die Plan- und Erfolgsrechnung. Für die gesamte Plandauer von 2020 bis 2029 wird mit einem Steuerfuss von 115% gerechnet, vorbehältlich der Zustimmung durch das Volk zum erhöhten Steuerfuss. Die Erfahrung hat uns jedoch gelehrt, dass das Volk einen höheren Steuerfuss tendenziell nicht unterstützt. Dies könnte für uns zum Problem werden. Das einzig positive Merkmal im Finanzplan liegt wieder in der Erfahrung. Es hat sich gezeigt, dass durch Einsparungen und andere Faktoren die Projekte verzögert werden können. Es handelt sich dabei um circa 80% der Projekte, welche realisiert werden könnten. Dies wird die kritisch finanzielle Situation ein wenig, mehr aber auch nicht, entlasten. Die Investitionen werden zeitlich nach hinten geschoben und fallen dann zu einem späteren Zeitpunkt zur Realisierung an. Auf jeden Fall zeigt der Finanzplan klar und deutlich auf, dass Wohlen den Gürtel überall enger schnallen muss. Dazu müssen alle am gleichen Strick ziehen. Die FGPK nimmt den Finanzplan 2020 – 2029 zur Kenntnis.

Gregor Ariane, Gemeinderätin: Besten Dank der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für das Votum. Es wurde bereits erwähnt, welche Planungsinstrumente für die Erarbeitung des Finanzplans relevant sind. Aber ganz wesentlich sind die Artikel im Gemeindegesetz, weil dieses übergeordnet ist. Der Finanzhaushalt ist darin klar geregelt. Unter anderem steht: „Die Haushaltsführung richtet sich nach den Grundsätzen der Gesetzmässigkeit, des Haushaltsgleichgewichts, der Sparsamkeit, der Dringlichkeit, der Wirtschaftlichkeit, des Verursacherprinzips, der Vorteilsabgeltung und des Verbotes der Zweckbindung von Steuern.“ Die zur Erfüllung der Aufgaben erbrachten Leistungen sind auf ihre Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit zu überprüfen. Die Aufgaben sind mit dem besten Kosten-/Nutzen-Verhältnis zu erfüllen. Neue Aufgaben sind nach Massgabe ihrer Wichtigkeit und Dringlichkeit, sowie unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung anzugehen. Der Gemeinderat handelt danach.

In der Vergangenheit wurde der Wahlbedarf priorisiert. Der Pflichtbedarf wurde aufgeschoben. Die nun anstehenden Investitionen sind wirklich wichtige und notwendige, nicht mehr aufschiebbare Sanierungen, Erneuerungen und Erweiterungen der Infrastruktur. Angesichts der Notwendigkeit der zahlreichen anstehenden Investitionen und dem damit verbundenen immensen Mittelbedarf ist die Verbesserung der Rechnungsergebnisse extrem wichtig. Wie können wir unseren Mittelbedarf steigern?

- Einerseits durch genaues Hinschauen bei den Ausgaben
- Verzicht respektive Aufschieben neuer Projekte und Begehrlichkeiten
- Weiterhin hohe Budgetdisziplin - der budgetierte Franken ist nicht gleich ausgegeben
- Andererseits durch Mehreinnahmen

Gemeinsam sind wir gefordert, diese Herausforderungen zu meistern. Der Gemeinderat will, dass Wohlen mit einer guten und zeitgemässen Infrastruktur attraktiv bleibt. Es wird ein Kraftakt, alle im Finanzplan dargestellten Investitionsprojekte umzusetzen. Das ist selbst mit einem Steuerfuss von 115% über alle Planjahre eine Knacknuss. In den letzten 30 Jahren hat Wohlen im Vergleich mit anderen Aargauer Grossgemeinden durchschnittlich viel weniger investiert, jedoch auch viel weniger Steuereinnahmen generiert.

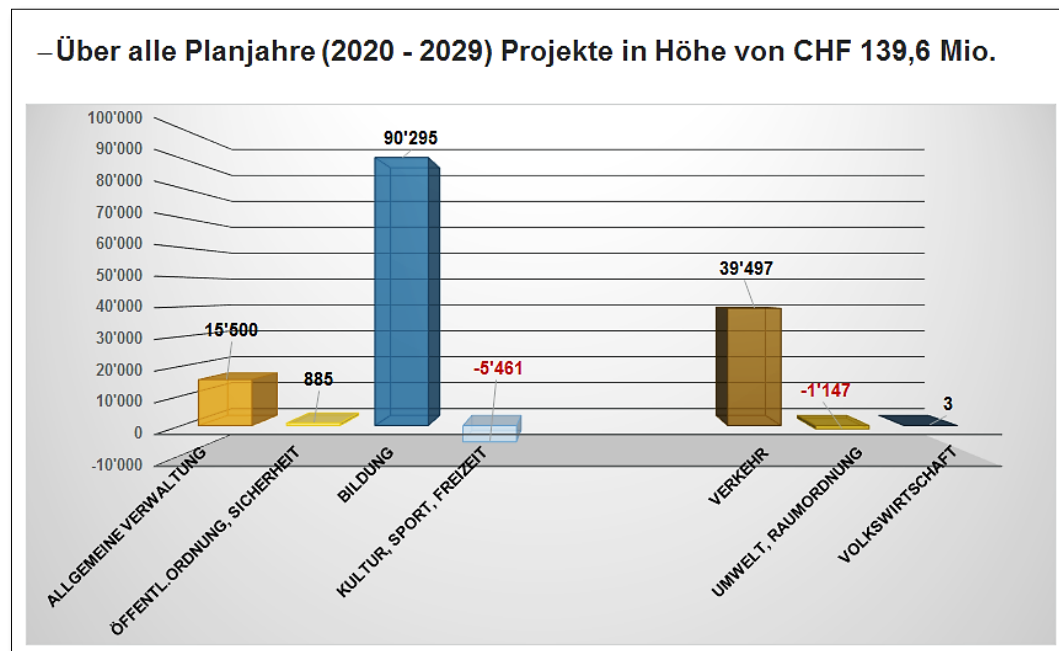
EIGENFINANZIERUNG CHF 4 – 5 MIO.

MITTELFRISTIGES HAUSHALTGLEICHGEWICHT ERREICHEN

ROLLENDE FINANZPLANUNG ZUR BEURTEILUNG DER FINANZLAGE

INVESTITIONEN VORAUSSCHAUEND UND UNTER BERÜCKSICHTIGUNG IHRER NOTWENDIGKEIT UND TRAGBARKEIT PLANEN

Aus dem Legislaturprogramm entnehmen wir diese vier Handlungsleitsätze. Gemäss Gemeindegesetz muss das kumulierte Ergebnis der Erfolgsrechnung mittelfristig (7 Jahre) ausgeglichen sein. Für das Budget 2020 gilt der Bemessungszeitraum von 2017 – 2023 und wird erfüllt.



Über alle Planjahre (2019 – 2029) sind Projekte in der Höhe von CHF 139.6 Mio. aufgeführt. Sehr eindrücklich sehen wir, in welchen Bereichen wir in den Pflichtbedarf investieren müssen:

- Allgemeine Verwaltung: Gemeindehaus, Bankweg 2, Wilstrasse 57
- Bildung: Schulhäuser und Turnhalle
- Verkehr: Bushof/Bahnhofplatz, P+R-Anlage und Nutzenbachstrasse

NETTOSCHULD

- Kennzahlen ergeben in Mehrjahresbetrachtung Anhaltspunkte über Entwicklung / Stand der Gemeindefinanzen
- Kennzahlen machen deutlich, dass Mehreinnahmen nötig sind
- Gute positive Rechnungsergebnisse / -Überschüsse sind von zentraler Bedeutung

Wie die Beurteilung der künftigen Kennzahlen zeigt, werden die finanziellen Möglichkeiten bis ans Limit ausgereizt. Neben den planmässigen Abschreibungen, müssen zusätzlich zwingend Ertragsüberschüsse erwirtschaftet werden, um eine angemessene Eigenfinanzierung der Investitionen zu erzielen, das heisst gute Rechnungsergebnisse sind von zentraler Bedeutung für die Finanzierung der Investitionen und in der Folge zum Abbau der Schulden.

PLAN-ERFOLGSRECHNUNG

- Personalaufwand
 - Zuwachs jährlich um 0.5%
 - 14.6 zusätzliche Stellen (gestaffelt)
- Steigende Betriebs- und Kapitalfolgekosten (z.B. Abschreibungen)
- Zunahme Besoldungsanteil Volksschule, Pflegefinanzierung, Restkosten Betreuungsgesetz
- Steuerfuss 115% über alle Planjahre
- Steuern:
 - Jährliches Wachstum der Gemeinde 0.7 - 1.5%
 - Zunahme Einwohner bis 2028 auf über 18'000
- Konstante Beiträge Finanz- und Lastenausgleich über alle Planjahre miteingerechnet
- Einführung Kostendeckende Abfallwirtschaft ab 2021
- Baurechtszins Isler-Areal ab 2023
- Verlustscheine Krankenkassenprämien und Selbstbehalten auf Niveau 2020

Eine Planung über zehn Jahre basiert auf diesen aufgeführten Parametern. Unsere Gemeinde wächst weiter, darum ergibt dies mehr Personalaufwand und Folgekosten im Betrieb. Die steigenden Steuereinnahmen (Steuererhöhung und Zunahme der Steuerzahlenden) wurden prognostisch einberechnet, sowie auch die Beiträge des Finanz- und Lastenausgleiches. Die kostendeckende Abfallbewirtschaftung ist ab 2021 einberechnet, damit werden wir uns vermutlich noch anderweitig beschäftigen, aber sie ist in unsere Planung eingeflossen. Zum Schluss möchte ich betonen, dass der Finanzplan 2020 – 2029 ein gutes Arbeitsinstrument ist, sofern wir uns daran halten. Er zeigt uns Tatsachen – keine rosigen Zeiten, die auf uns zukommen. Der Gemeinderat und die Verwaltung erachten das Planwerk als zielführender Weg für unsere Gemeinde, für das Regionalzentrum Wohlen, für unsere Gemeinde, so wie sie ist.

Fraktionsmeinungen

Matter Schlein Franziska, Grüne: Speziell bedanken möchten wir uns bei allen involvierten Personen für die Erarbeitung des vorliegenden Finanzplanes. Dieser zeigt schwarz auf weiss, dass zahlreiche Investitionen dringend notwendig sind. Der Ausbau und der Werterhalt der Infrastrukturen hat nichts mit Luxus zu tun. Die seit längerem angespannte finanzielle Situation der Gemeinde Wohlen lässt nicht mehr zu, weiterhin kurzfristig zu denken. Mit einem Steuerfuss von 115% für die nächsten 10 Jahre, könnten wir der kommenden Generation mit einem besseren Gewissen in die Augen schauen. Die Fraktion der Grüne nimmt den Finanzplan zur Kenntnis.

Sax Simon, GLP/EVP: Der Finanzplan soll die voraussichtlich finanzielle Entwicklung der kommenden Jahren aufzeigen. Im Gemeindegesetz ist festgehalten, dass die Planung jährlich aktualisiert und für mindestens vier Jahre erstellt werden muss. Der vorliegende Finanzplan erfüllt diese Vorgaben. Er wurde sogar für zehn Jahre, bis ins Jahr 2029, erstellt. In unserer Fraktion wurde der Finanzplan eingehend diskutiert. An dieser Stelle ein Dankeschön an den Gemeinderat und die Verwaltung für die sorgfältige Erstellung des Dokumentes. Für unsere Fraktion hat der Finanzplan ein höheres Gewicht als das jährliche Budget. Der Finanzplan zeigt schonungslos die finanzielle Tatsache der Gemeinde auf. Wir stehen erst am Anfang einer Phase mit grossen Investitionen. Ebenso klar ersichtlich ist, dass die Selbstfinanzierung bei weitem nicht genügt. Deshalb benötigen wir Fremdkapital in Form von Krediten. Dieser Schuldenberg wird gemäss vorliegender Planung im Jahr 2025 den Höchstbetrag von CHF 143 Mio. erreichen. Im Vergleich zum letztjährigen Finanzplan hat sich der Betrag um über CHF 20 Mio. erhöht. Bei solch hohen Schulden sind die Auswirkungen bei einer allfälligen Zinssatzerhöhung enorm gefährlich. Zudem ist gegen das Ende der zehnjährigen Planungsdauer nur eine ungenügende Kreditrückführung vorgesehen. Die Chance ist leider real, dass die Schulden der nächsten Generation übergeben werden. Der Gemeinderat rechnet für den gesamten Zeitraum mit einem gleichbleibenden Steuerfuss von 115%. Zusätzlich ist ab dem Jahr 2021 die kostendeckende Abfallbewirtschaftung einberechnet. Unsere Fraktion begrüsst den Willen eines konstanten Steuerfusses, losgelöst von einzelnen Investitionsprojekten. Leider hat die Bevölkerung die Absicht oder auch der Ernst der Lage noch nicht abschliessend erkannt und hat zu unserem Bedauern der Steuerfusserhöhung auf dieses Jahr nicht zugestimmt. Wie im Vorjahr, begrüsst unsere Fraktion die Aufstellung der Investitionen anhand des Projektstatus. An den Projekten in Bau sowie an den beschlossenen Projekten im Umfang von CHF 43 Mio. kann nichts mehr geändert werden. Über die geplanten Projekte im Umfang von rund CHF 125 Mio. können wir über jedes einzelne im Einwohnerrat abstimmen. Ein grosser Betrag davon betrifft jedoch die Schulhausproblematik und diese betrachten wir als unbestritten. Ob es sich beim vorliegenden Planungsinstrument um einen schlechten oder einen guten Finanzplan handelt, kommt auf den Blickwinkel drauf an. Technisch erachten wir ihn als stimmig. Der finanzielle Ausblick ist jedoch mehr als düster und beängstigend. An dieser Stelle kann darauf hingewiesen werden, dass es viele Stellenschrauben gibt, an welchen man bei einem Finanzplan drehen kann. Angefangen bei der Bevölkerungsentwicklung, bei der Steuerkraft, beim Steuerfuss, bei den laufenden Ausgaben, bei der Teuerung, beim Stellenplan, beim Zinssatz für Kredite und schlussendlich auch bei den Investitionen. Dreht man an einer der erwähnten Schrauben, hat dies Auswirkungen auf den gesamten Finanzhaushalt. Die Fraktion GLP/EVP erachtet die geplanten und aufgeführten Investitionen als notwendig. Das grundsätzliche Problem von Wohlen lokalisieren wir eindeutig auf der Einnahmenseite, konkret in der ungenügenden Steuerkraft. Unsere Fraktion nimmt den Finanzplan 2020 – 2029 mit Besorgnis zur Kenntnis.

Meier Cyrille, SP: Auch die SP möchte sich bei allen beteiligten Personen für die Erstellung des Finanzplans bedanken. Dieser fällt erneut ausführlich, verständlich und somit nachvollziehbar aus. In den letzten 30 Jahren wurde ganz klar zu wenig investiert, es sind rund 31% weniger als der Durchschnitt der Aargauer Gemeinden. Dies ist ein klares Indiz, dass eine rechtsbürgerliche Strategie seitens des Gemeinderates sowie des Einwohnerrates verfolgt wurde. Dies rächt sich nun in der Gegenwart, wie auch für die langfristige Planung der Gemeinde. In Wohlen gibt es viele Liegenschaften, wie beispielsweise die Turnhalle Junkholz oder die Fassade des Provisoriums beim Schulhaus Halde, welche aufzeigen, dass unsere Infrastruktur marode ist und Nachholbedarf besteht. Wie bereits gesagt wurde, muss die Gemeinde fast CHF 140 Mio. in den nächsten zehn Jahren investieren. Es gab in der Vergangenheit Projekte, bei denen man schon lange wusste, dass sie anstehen, jedoch immer wieder nach hinten verschoben wurden, nach dem Motto „Aus dem Auge, aus dem Sinn“. Das Problem besteht schlussendlich für die nächste Generation. Diese ist nun angekommen und das Problem des Investitionsstaus zeigt sich nun knallhart mit den vorliegenden Zahlen. Das Desaster muss nun langfristig ausgebadet werden. Projekte, wie Bahnhof, Badi und Eishalle waren bereits lange bekannt und auch ein Schulhausprojekt hätte bereits dieses Jahr eingeweiht werden können. Die Sanierungen müssen in Angriff genommen werden, da die Gemeinde gesetzliche Verpflichtungen, wie beispielsweise eine funktionierende Kanalisation oder die Bereitstellung von genügendem Bildungsraum, einhalten muss. Die Umsetzung der künftigen Projekte fordert von der Legislative, wie auch

von der Exekutive, konkrete Entscheidungen. Wir müssen den Mut aufbringen, weitsichtige Entscheidungen zu treffen und können uns nicht von der Verantwortung drücken. Wir sind es der kommenden Generation schuldig. Langfristig gesehen verhebt der, vom Regierungsrat festgelegte, Steuerfuss von 110% nicht. Unsere Selbstfinanzierungsquote ist auch mit den geplanten 115% enorm tief. Die Abfallbewirtschaftung, welche momentan illegal quersubventioniert wird, muss im Jahr 2021 in Angriff genommen werden. Die SP nimmt schlussendlich den Finanzplan 2020 – 2029 zur Kenntnis und verweist nochmals darauf, dass langfristig gesehen, eine Steuerfusserhöhung notwendig ist.

Christen Peter, SVP: Die SVP Wohlen-Anglikon nimmt den Finanzplan 2020 – 2029 ebenfalls zur Kenntnis und lobt die übersichtliche Darstellung. Die Vorredner haben bereits mehrmals erwähnt, wie düster die Wolken betreffend der finanziellen Lage der Gemeinde sind. Selbstverständlich sieht die SVP dies genauso. Nichtsdestotrotz stehen wir nach wie vor für einen Steuerfuss von 110% ein. Gerne weise ich auf das Kapitel 5, Nettoschuld, im vorliegenden Finanzplan hin. Im Jahr 2019 beträgt die Nettoschuld pro Einwohner CHF 2'500, steigt im Jahr 2025 auf über CHF 7'000 pro Einwohner und sinkt danach langsam wieder bis ins Jahr 2029 auf, immer noch, CHF 6'000. Diese riesige Zahl macht mir Angst. Wir müssen bemüht sein, zu sparen. Ebenfalls soll darauf geachtet werden, dass die Einwohnerinnen und Einwohner die Krankenkassenprämien bezahlen und dass die Kosten der Allimentenbevorschussung eingeholt werden können. Ebenfalls ist klar, dass die Gemeinde Wohlen gute Steuerzahler braucht.

Hoffmann Thomas, FDP/Dorfteil Anglikon: Wenn man den Finanzplan 2019 – 2028 mit dem neuen Finanzplan vergleicht, stösst man nicht auf viel Neues. Die einte oder andere Investition wird zeitlich etwas verschoben oder fällt ein bisschen höher aus. Dies ist positiv zu werten, denn eine langfristige Planung darf sich nicht von Jahr zu Jahr wesentlich ändern. Auf der anderen Seite ist aber auch keine Verbesserung festzustellen. Die im letzten Jahr angebrachten Punkte werden weder berücksichtigt noch dementiert. Gemäss Gemeindeordnung hat der Gemeinderat neben Leitbild, Legislaturprogramm auch eine Aufgaben- und Finanzplanung mit Tätigkeitsprogramm zu erstellen. Seit Jahren bemängeln wir das fehlende Tätigkeitsprogramm oder besteht die Tätigkeit des Gemeinderates alleine darin, Investitionen in die Infrastrukturen zu tätigen? Des Weiteren graut es uns, dass mit dieser sehr geringen Leistungsfähigkeit, welche seit Jahren konstant bleibt, in Wohlen eine Nettoschuld von CHF 7'000 pro Einwohner aufgebaut werden soll. Aus unserer Sicht müssen die absolut notwendigen Investitionen so kostengünstig wie möglich ausgeführt werden. Der Bau von allfälligen Denkmäler für Gemeinderatsmitglieder darf es nicht geben. Erfreulicherweise ist in der Planerfolgsrechnung der Personalaufwand geplant und aufgrund des Bevölkerungswachstums angepasst und nicht einfach hoch gerechnet. Dies zeigt uns, dass die Planung ernst genommen wurde und keine pauschale Hochrechnung vorgenommen wird. Aber wiederum vermissen wir eine strategische Planung des Bevölkerungswachstums. Es ist zwar geplant, allerdings mit dem heutigen, tiefen Normsteuerertrag. Das bedeutet, dass der Gemeinderat in den nächsten zehn Jahren weiterhin mit einer Zunahme der steuerschwachen Bevölkerung rechnet. Gemäss Prognosen des Gemeinderates, werden die Erschliessungen Rebberg und Wilstrasse keinen Einfluss auf den Normsteuerertrag haben. Die Umsetzung des Legislaturziels, den Normsteuerertrag auf das kantonale Mittel anzuheben, und die dazu notwendigen Massnahmen, ist nicht ersichtlich. Weiter vermissen wir die Erwähnung der Motion AHA. Dies bedeutet für uns erneut, dass der Gemeinderat in den nächsten zehn Jahren nicht gewillt ist, die Motion umzusetzen. Ohne genaue Analyse und Optimierung der Aufgaben und der Ausgaben der Gemeinde, wird der Cashflow nie nachhaltig verbessert. Wer heute dazu plädiert, den Steuerfuss auf 115% zu erhöhen, hat keine Ahnung vom Aufgaben- und Finanzplan. Die Zahlen im Finanzplan sind nicht korrekt, sondern höchstens eine Tendenz und eine Richtung. Eine Garantie, wie man in den vorherigen Voten von den Links-Grünen gehört hat, gibt es nicht. Die Abfallgebühr wurde bereits wieder ein Jahr nach hinten verschoben und wenn diese vom Volk abgelehnt wird, reicht ein Steuerfuss von 115% bei weitem nicht. Wir nehmen den Finanzplan 2020 – 2029 mit Besorgnis zur Kenntnis.

Donat Ruedi, CVP: Die Fraktion der CVP hat den vorliegenden Finanzplan studiert und ebenfalls zur Kenntnis genommen. Wir sind erfreut über das Planungswerk, welches die Investitionen der nächsten zehn Jahren aufzeigt. Die CVP-Fraktion erachtet die abgebildeten Investitionen als notwendig. Oder ist im Saal jemand der Meinung, dass das neue Schulhaus nicht gebaut werden soll, oder man die bestehenden Schulhäuser nicht sanieren soll, oder die Friedhofstrasse, bzw. Nutzenbachstrasse nicht unterhalten soll? Für Verkehrsprojekte werden wir meistens über das kantonale Dekret zur Zahlung verpflichtet. In den nächsten zehn Jahren stehen Investitionen von CHF 140 Mio. an. Mir fehlt im insbesondere Einwohnerrat das unternehmerische Denken. Als Unternehmer investiert man ebenfalls intensiv und verschuldet sich dementsprechend, teilweise führt dies sogar zu einer Überschuldung. Die Fraktionen der SVP und FDP fordern immer wieder auf, unternehmerisch zu denken. Bei einer Verschuldung ist es naheliegend, dass man schlaflose Nächte hat und sich überlegt, wie man die Krise meistern kann. Momentan kommt die öffentliche Hand sehr günstig zu Geld, das Zinsniveau soll ausgenützt werden. Deshalb sollen die Investitionen jetzt getätigt

werden. Zudem wird jedes Projekt dem Einwohnerrat zur Genehmigung vorgelegt. Ich bitte Sie, uns bewusst verschulden zu lassen und der Bevölkerung aufzuzeigen, dass die geplanten Investitionen nun getätigt werden sollen. Der Einwohnerrat wie auch die Bevölkerung wissen um die schlechten Kennzahlen. Nach Ablauf der zehn Jahre soll man bewusst die Schulden wieder abzahlen. Dadurch bin ich der Überzeugung, dass wir der nächsten Generation in 25 Jahren einen ausgeglichenen Finanzhaushalt übergeben können. Darüber hinaus bitte ich Sie, die Rückweisung des Budgets abzulehnen und der Steuerfusserhöhung auf 115% zu folgen. Der Einwohnerrat muss die Bevölkerung überzeugen, dass ein Steuerfuss von 115% notwendig ist. Der Einwohnerrat und das Volk werden den geplanten Projekten bestimmt zustimmen und dafür benötigen wir die Mehreinnahmen aus Steuererträgen. Fazit: Die Fraktion der CVP bekennt sich zu den anfallenden Investitionen, denn sie sind zwingend und können nicht weiter herausgeschoben werden. Wir verschulden uns bewusst und nutzen das tiefe Zinsniveau. Die Steuereinnahmen nach den geplanten zehn Jahren nutzen wir bewusst zum Abzahlen der Schulden und wir stehen ein für ein Generationenvertrag, damit der nächsten Generation in 25 Jahren ein gesunder Finanzhaushalt übergeben werden kann.

Einzelvoten

Nicoll Jonathan, SVP: Ich möchte etwas zum Votum von Ruedi Donat ergänzen. Es mag sein, dass die Investitionen erkannt sind und es mag sein, dass ein zehnjähriger Finanzplan vorliegt. Eine Planung über die vorgeschriebenen vier Jahre hinaus hat damit zu tun, dass die Finanzierungen, welche aufgenommen wurden oder neu refinanziert werden, entsprechend nicht in vier Jahren auslaufen, sondern Fälligkeiten aufweisen, welche über die nächsten fünf Jahre hinaus gehen. Eine unternehmerische Haltung hat was mit einer Vision zu tun. Es fehlt definitiv an einer langfristigen Vision. Eine Vision mit unternehmerischen Denken ist, zu investieren, wo auch ein Ertrag herkommt. Bei der Investition von CHF 90 Mio. in die Bildung für unsere junge Generation stehen wir auch in der Verantwortung. Mit dem Kapital heute umzugehen, wie wir es heute zahlen können, ist das eine. Aber dann müssen wir auch in die Verantwortung gehen, zu wissen, wie die nachfolgende Generation überhaupt fähig sein wird, die Schulden wieder abzutragen. Ein Unternehmer, welcher Investitionen tätigt, überlegt sich auch, woher der Ertrag kommt. Aus diesem Grund geht er das unternehmerische Risiko ein. Das fehlt mir hier im Rat. Wir diskutieren über einen Finanzplan mit Ausgaben und keiner kommt mit einer Idee, woher der künftige Steuerertrag kommt. Von wo holen wir die Leute, welche den künftigen Steuertrag steigern werden? Wie können wir Kosten senken, damit die Steuereinnahmen erhöht werden?

Donat Ruedi, CVP: Da ich direkt angesprochen wurde, möchte ich auch gerne direkt antworten. Ich nehme Sie in Pflicht bei der nächsten Vorlage über die Einführung der Grüngutgebühren. Dies ist beispielsweise ein namhafter Ertrag. Auch eine Steuerfusserhöhung erbringt Mehreinnahmen und man hätte einen Sockel, auf welchen aufgebaut werden kann.

Keller Samuel, FDP: Ich als Unternehmer vermisse die Veräusserungen von Grundstücken, welche bereits lange geplant sind, dass sie veräussert werden sollen. Ich denke hier bestimmt an das Isler-Areal. Der Planungskredit Merkur-Areal für eine eventuelle Veräusserung ist im Finanzplan auf Seite 11 im Jahr 2029 geplant. Ein solches Projekt muss meiner Meinung nach vorgezogen werden, da sich die Gemeinde momentan in einer Notlage befindet und rasch Geld einnehmen muss. Dies muss nicht nur durch die Erhöhung des Steuerfusses erfolgen, sondern man versucht, gemeindeeigene Grundstücke zu veräussern.

Meier Cyrille, SP: Auf die Schnelle Land zu veräussern, erachte ich als eine Strategie, welche nicht verfolgt werden soll. Die SP erachtet es als sinnvoll, das Land im Baurecht weiter zu geben, anstatt es zu veräussern, denn langfristig gesehen, kommen wiederkehrende Einnahmen. Nicht das plötzlich die Idee seitens der FDP aufkommt, die IB Wohlen AG zu veräussern, damit die Gemeinde schnell an Geld kommt. Betreffend dem Votum der SVP zur Krankenkasse möchte ich mich noch äussern. Die Parlamentarier auf Bundesebene, welche mit der Pharma-Lobby verbündet waren, kommen aus der rechten Reihe. Die Fehlbeiträge basieren auf einem Bundesbeschluss aus dem Jahr 2018. Der Nationalrat hat diesen den Gemeinden auferlegt, dass die Gemeinden 85% ertragen dürfen. Auch hier haben die rechten Parteien zugestimmt.

Lütolf Harry, CVP: Ein wesentlicher Punkt ist, woher die Einnahmen künftig kommen sollen. Mit den Investitionen, welche getätigt werden, wird die Attraktivität der Gemeinde enorm gesteigert, zum Beispiel durch die Aufwertung der Zentralstrasse, und dies soll finanziell potente Leute nach Wohlen ziehen. Sofern diese Vision aufgeht, steigt der durchschnittliche Steuerertrag in Wohlen.

Nicoll Jonathan, SVP: Ich denke nicht daran, dass der Steuerertrag mit einer Aufwertung der Zentralstrasse steigt. Der Weitblick sollte nicht vergessen werden. Von Zürich her kommt ein enormer Druck Richtung Aargau. Wir müssen uns überlegen, ob wir einen Wohnraum schaffen, damit eine Familie nach Wohlen ziehen möchte. Aufgewertete Infrastrukturen, intakte Schulen und ein inhaltliches Lebensprogramm sind legitime Aspekte, welche jede Gemeinde anstrebt. Es liegt jedoch auch am Image und da schneidet Wohlen auf dem zweitletzten Platz vor Spreitenbach alles andere als gut ab. Um die Attraktivität des Ortes zu steigern und finanzkräftige Neuzuzüger anzulocken, ist eine Steuerfusserhöhung der falsche Weg. Eventuell müsste man als Investition zur Anlockung solcher Leute den Steuerfuss über ein paar Jahre senken. Es hat noch niemand ausgerechnet, wie hoch die Verminderung des Steuerertrags ist, wenn man den Steuerfuss auf 108% senken würde. Vielleicht wäre dies eine Investition, dass eine Familie zum Wohnen nach Wohlen zieht. Auf dem Lüthi-Areal werden nun ausschliesslich Mietwohnungen verwirklicht, da sich, wie ich es vernommen habe, der Investor mit der Gemeinde abgesprochen und gefragt hat, was die Gemeinde für einen Wohnraum möchte. Die Antwort war, dass die Mieten zahlbar sein sollten. Wenn man aber für jede Wohnung CHF 1'600 bis CHF 1'800 Miete zahlen muss, ist das keine qualitative Wohnregion. Das ist ein Durchschnitt, der hier in Wohlen bereits besteht. Das, was wir gehört haben, ist nicht, dass wir den Durchschnitt erhöhen möchten, sondern die Steuerertragskraft. Wenn im Finanzplan alle Ideen aufgeführt werden, wie das Geld ausgegeben werden könnte, dann wäre es interessant eine Liste zu erstellen, mit allen Ideen, wo Geld verdient werden könnte.

Muff Josef, SP: Ich wusste gar nicht, in was für einem miesen Dorf ich seit bald 50 Jahren wohne. Ich würde denjenigen empfehlen, denen es hier nicht passt, wegzuziehen, egal ob gute oder schlechte Steuerzahler. Wir sind nicht so weit um sagen zu können, ab welchem Einkommen man in Wohlen nichts zu suchen hat. Das ist ein absolutes No-Go. Ich weiss nicht, wie viele Personen hier im Raum sind, die in Wohlen einen Steuerfuss von 127% erlebt haben, wie alle anderen damals auch. Keiner ist aufgrund des Steuerfusses gestorben. Apropos Steuerfussenkung: Neuenhof hat den Deal versucht und ist gescheitert. Letzten Endes hatten sie mehr Schulden als vorher und Verbindlichkeiten, die gar nicht mehr bezahlt werden konnten. Wenn ich höre, wie viel Einwohner wir von Jahr zu Jahr mehr haben, sind das wohl kaum nur arme Menschen. Von Oberwil-Lieli kommen ebenfalls Personen nach Wohlen, um hier zu wohnen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Tatsache ist, dass der Steuerertrag pro Kopf bei den natürlichen Personen in den letzten Jahren gestiegen ist, auch wenn nur leicht. Es ist durchaus so, wie Josef Muff ausgeführt hat, dass nicht nur die schlechtverdienenden nach Wohlen ziehen. Somit stimmt die Aussage nicht, dass nur die armen Leute hierherziehen. Die Vision, die Jonathan Nicoll eingefordert hat, ist im Leitbild und im Legislaturprogramm formuliert. Der Gemeinderat nimmt gerne Rückmeldungen zu diesen Fragen entgegen. Die Vision der Werterhaltung der Infrastruktur ist im Finanzplan ebenfalls abgebildet. Das positive an dieser Debatte ist, dass sich noch niemand dazu geäussert, dass eine Investition vom Investitionsplan nicht notwendig wäre. Wenn man grosse Einsparungen machen möchte, bedeutet das schlichtweg Verzicht. Es muss dann ausserdem politisch geäussert werden, auf was verzichtet werden möchte. Der Nettoaufwand pro Einwohner ist im Vergleich zu den anderen Aargauer Gemeinden in der gleichen Grösse immer unterdurchschnittlich tief. Die Aufwandseite haben wir unter Kontrolle. Wenn wir weitere Alleinstellungsmerkmale streichen, geht die Attraktivität verloren. Wie Josef Muff bereits erwähnt hat, ist die Strategie mit einer Steuerfussenkung in Neuenhof grandios gescheitert. Dies aus dem Grund, weil es verschiedene Faktoren und Kriterien gibt, warum dass jemand irgendwo hinzieht. Eine Gemeinde kann nicht als Unternehmen funktionieren. Es gibt enorm viele Pflichten und Aufgaben, die eine Gemeinde von Gesetzes wegen erbringen muss, unabhängig davon, ob wir dafür etwas einnehmen. Ich danke ihnen für die positive Aufnahme des Finanzplans.

Heinrich Daniel, CVP: Wir stehen vor grossen Herausforderungen. Es wurde erwähnt, dass die Schulden an die nächsten Generationen übergeben werden soll. Damit bin ich nicht einverstanden. Hier im Saal befinden sich auch viele Leute, welche die Konsequenzen des jetzigen Handelns zu tragen haben werden. Lasst doch diese Begründung sein. Was wir unseren Kindern geben müssen, ist eine gute Schulbildung. Die Schulinfrastruktur muss gut sein. Es wissen alle, dass wir mehr Geld brauchen. Die Frage ist, wie wir das Geld bekommen. Wir können diskutieren, ob wir einen Steuerfuss von 108% wollen, aber ob dann eine reiche Person nach Wohlen zieht, wissen wir nicht. Wenn wir den Steuerfuss auf 115% erhöhen, wissen wir ebenfalls nicht ob das funktioniert. Die Frage ist, ob das Volk schliesslich mit Ja abstimmt. Letztes Jahr hat das Volk zwei Mal dagegen abgestimmt. Nun können wir uns hier im Saal fragen, was wir machen können, damit dem Volk ersichtlich ist, dass die Gemeinde Einsparungen vornimmt. Wie das Resultat ausfällt, wissen wir nicht und somit kann es auch sein, dass schliesslich der Kanton unseren Steuerfuss festsetzt, was die schlechteste Variante wäre. Dem Volk zu zeigen, dass wir die Ausgaben soweit es geht minimieren, ist schon mal ein Leitfaden.

Keller Samuel, FDP: Ich beobachte zwei Effekte, weshalb die Steuereinnahmen zunehmen werden. Vom Jahr 2018 auf das Jahr 2019 hatten wir CHF 4.3 Mio. mehr Steuereinnahmen. Meiner Meinung nach ziehen meine Generation und diejenigen, welche noch etwas älter sind, von den kleinen Gemeinden wie Uezwil oder Hägglingen nach Wohlen, da hier für sie die bessere Infrastruktur vorhanden ist. Vermutlich hatten sie dort tolle grosse Häuser mit Schwimmbäder und nun merken sie, dass vieles nicht mehr gut geht, wie mit dem Auto zum Einkaufen zu fahren. Genau diesen Effekt habe ich in der Wohnüberbauung neben meinem Zuhause festgestellt. Es handelt sich hier um fünfzig Wohneinheiten in der Steingasse, in welche zu einem grösseren Anteil ältere Personen eingezogen sind. Eine Steuererhöhung muss man nicht vornehmen, denn es regelt sich von ganz alleine.

Detailberatung

Seite 9, 3291 Casino, Sanierung Fassade

Lütolf Harry, CVP: Meine Frage habe ich bereits anlässlich der Fraktionssitzung dem anwesenden Gemeinderat gestellt und leider keine schlüssige Antwort darauf erhalten. Das Geschäft wurde vor einigen Jahren bereits einmal im Einwohnerrat behandelt. Vielleicht erinnern sich einige noch daran. Es ging damals um eine Spinne, welche die Fassade befällt und mit ihren Netzen die Fassade verunreinigt. Der Einwohnerrat äussert dann den Wunsch, dass dies erst gemacht wird, wenn eine Gesamtsanierung der Fassade ansteht. Im Finanzplan ist nun ein Betrag von CHF 600'000 für die Fassade des Casinos eingestellt. Ich frage mich, ob dieser Betrag für eine energetische Sanierung der Fassade ausreicht. Vom Gefühl her, hätte ich gedacht, dass dies teurer sein müsste. Gerne möchte ich wissen, was bei dieser Sanierung genau gemacht wird und ob man davon ausgehen kann, dass eine energetische Sanierung beinhaltet ist oder ob man hier noch mit zusätzlichen Kosten rechnen müsste.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Gerne erteile ich hierzu eine Antwort. Das Geschäft wurde gerade heute an der Gemeinderatssitzung behandelt. Das Geschäft wurde bereits zu einem früheren Zeitpunkt vom Einwohnerrat behandelt und dann abgelehnt. Es ging dazumal um eine „Pinselsanierung“, welche vom Einwohnerrat abgelehnt wurde. Der Gemeinderat beabsichtigt nun die Thematik wieder aufzunehmen und eine Gesamtsanierung der Casinofassade vorzunehmen. Dies beinhaltet Malerarbeiten, den Ersatz der Fenster sowie die energetische Sanierung. Diese Arbeiten würden allerdings nicht den Sockel betreffen, sondern lediglich die oberen Partien des Casinos. Würde man alles machen, wären die Kosten wesentlich höher.

Seite 11, 7900 Merkur-Areal, Planungskredit

Donat Ruedi, CVP: Es geht um den Planungskredit für das Merkur-Areal. Wie alle wissen, ist hier noch eine Motion hängig, welche vor gut einem Jahr von der HAGEWO überwiesen worden ist. Darin geht es um die Bereitstellung des Areals für Ausstellungen und Veranstaltungen. Im vorliegenden Finanzplan sehe ich einen Planungskredit für das Jahr 2029. Ich finde dies etwas seltsam, da die Motion ja eigentlich hängig ist und die Beantwortung noch aussteht.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Wir sind derzeit mit der Erarbeitung der Motion beschäftigt. Wir wissen allerdings noch nicht, welche Auswirkungen das haben könnte und haben somit auch noch kein Resultat. Aus diesem Grund wurde vorsorglich einmal ein Betrag eingestellt. Dies im Wissen darum, dass sich die Zahlen mit Sicherheit noch ändern werden. Zum heutigen Zeitpunkt wissen wir einfach noch nicht mehr. Dass es irgendwann einmal einen Planungskredit benötigt, um das Merkur-Areal zu entwickeln ist jedoch schon klar.

Seite 11, 7900 Teilrevision Nutzungsplanung

Donat Ruedi, CVP: An der letzten Einwohnerratssitzung hat uns der Gemeindeammann mitgeteilt, dass die Gesamtrevision in den Jahren zwischen 2026 und 2028 in Angriff genommen werden soll. Wenn man dies ja weiss, gehört meiner Meinung nach auch ein entsprechender Betrag in den Finanzplan eingestellt.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Es stimmt, dass dafür im Finanzplan noch kein Betrag eingestellt wurde. Auch hier ist der Umfang derzeit noch nicht bekannt. Bei der nächsten Überarbeitung des Finanzplanes wird ein Betrag eingesetzt werden. Dies wird in etwa 2028 der Fall sein. Wir danken der CVP herzlich für diesen Hinweis.

Keller Samuel, FDP: Im letzten Jahr habe ich zur selben Zeit die gleiche Frage gestellt und zwar, wann das Halde-Projekt dem Einwohnerrat präsentiert wird. Im Investitionsplan sehe ich, dass sich das Ganze um ein Jahr verzögert hat und weshalb auch immer um CHF 10 Mio. teurer geworden ist. Wenn sich das nun wiederholt, dass ich das nächste Jahr wieder aufstehen und danach fragen darf, entwickelt sich das dann weiter?

Burkard Thomas, Gemeinderat: Es ist tatsächlich so, dass das Projekt teurer geworden ist. Wir wissen heute auch aufgrund der Projekttiefe – wir befinden uns immer noch im Vorprojekt, dass das Projekt teurer wird. Wie Sie im Finanzplan ersehen, befinden wir uns bei CHF 47 Mio. für dieses Projekt. Das Projekt habe ich letzten September/Oktobre übernommen. In der Zwischenzeit weiss ich von der Projektsteuerung aus, dass es teurer wird. Wir arbeiten mit Hochdruck an diesem Projekt. Wir machen alles dafür, dass es möglichst rasch vorwärts geht. Wir sind jedoch auch darauf bedacht eine sorgfältige und seriöse Planung vorzunehmen. Bei diesem sehr grossen Projekt – das meines Wissens nach das grösste, welches die Gemeinde Wohlen je hatte – zeigt sich der Zeitplan wie folgt. Geplant ist die Präsentation des Vorprojektes im Januar 2020.

Der Einwohnerrat nimmt den Finanzplan 2020 – 2029 zur Kenntnis.

Dringliche Anfrage 14063 zur Sistierung der 5G Baugesuche in der Gemeinde Wohlen

Keller Anna, Grüne: Die Antworten zu dieser Anfrage liegen bereits vor. Ich weise darauf hin, dass wir Zeit benötigen, um diese zuerst lesen zu können. Nur so kann man darüber diskutieren.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Der Gemeinderat hat die Anfrage beantwortet und deshalb ist es für ihn nicht relevant, ob das Geschäft heute behandelt wird. Ich würde dem Einwohnerrat vorschlagen, die Dringlichkeit heute abzulehnen, damit die Antwort zur Anfrage in den Fraktionen noch behandelt werden kann. Das Geschäft könnte demnach an einer der nächsten Einwohnerratssitzungen traktandiert werden.

Brunner Edwin, Präsident: Ohne dem Geschäft vorgreifen zu wollen, teile ich Ihnen mit, dass das Ratsbüro beschlossen hat, die Antwort zur Anfrage anlässlich einer nächsten Einwohnerratssitzung – das heisst voraussichtlich im Dezember 2019 – zu traktandieren.

Heinsalo Mika, Dorfteil Anglikon: Ich verzichte somit auf die Dringlichkeit.

Rückweisungsantrag

Keller Anna, FGPK: Das vorliegende Budget 2020 weist ein positives Gesamtergebnis von TCHF 2'135 aus, wie Sie auf Seite 4 von Bericht und Antrag der FGPK nachlesen können und ist damit rund TCHF 367 besser als das letzte Budget. Trotzdem werden unsere Schulden ansteigen, weil wir ja weiter am Investieren sind (siehe Bahnhof) und laut Finanzplan noch einiges auf uns zukommt. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt für dieses Budget bei 50.7%, aber im 10-jährigen Durchschnitt nur bei 42.4%. Das ist eigentlich viel zu tief. Das ist eigentlich unverantwortlich, aber wir haben sehr viele, lange hinausgezögerte Schulneubauten und Schulsanierungen, sowie Verkehrsprojekte zu bewältigen. Das vorgeschlagene Budget mit einem Steuerfuss von 115% ist sicher ausgewogen, nur sind wir bereit für diesen Steuerfuss? Hat bei der Volksabstimmung dieser Steuerfuss eine Chance? Eher nein! Was dann? Wir haben in der FGPK lange und hart diskutiert. Gibt es Posten, die gekürzt oder gar gestrichen werden können? So ist das Budget für Honorare für externe Berater oder Gutachter sowohl im Einwohnerrat wie in der Kommission immer wieder ein Thema. Kürzen? Wieviel? Laut Arsène Perroud sind das jedoch sehr schwer planbare Positionen, da unter anderem juristische Abklärungen über dieses Konto beglichen werden und der Gemeinderat Mittel benötigt, um bei Bedarf innert kurzer Frist handeln zu können. Oder die Dienstleistungen Dritter auf dem Steueramt? Braucht es die wirklich? Laut Thomas Laube herrschte da ein Rückstand von ca. 1'400 Fällen. Aufgrund des Einsatzes eines externen Mitarbeiters konnte in einem sehr sensiblen Bereich, namentlich dem Rechtsvollzug, erreicht werden, dass man in diesem Bereich à jour ist. Genau Bescheid wissen letztlich nur die Gemeinderäte und die entsprechenden Leute in der Verwaltung. Nach Meinung einer Mehrheit der FGPK-Mitglieder soll deshalb der Gemeinderat nochmals das Budget mit seinem Hintergrundwissen überarbeiten und ein rund CHF 600'000 tieferes Budget vorlegen mit einem Steuerfuss von 113%. Eine Minderheit in der FGPK sieht das nicht als Lösung, da damit ja der Schuldenberg nach wie vor gleich hoch bleibt, weiter steigen wird und abgetragen werden muss. Das Einnahmenproblem bleibt bestehen. Wir werden uns nächstes Jahr wieder mit einer Steuerfusserhöhung befassen müssen. Die FGPK empfiehlt dem Einwohnerrat die Rückweisung des vorliegenden Budgets, mit 5 Ja-Stimmen zu 3 Nein-Stimmen, bei 1 abwesenden Person.

Gregor Ariane, Gemeinderätin: Der Gemeinderat bittet Sie, das Budget heute zu behandeln. Wir haben Ihnen ein Budget vorgelegt, dieses dürfen Sie nun behandeln und würdigen – mit oder ohne Kürzungen. Sie müssen nicht mit dem Gemeinderat einer Meinung sein. Sie dürfen auch unzufrieden sein, aber zeigen Sie das nicht mit einer Rückweisung, sondern mit einer ehrlichen Budgetdebatte. Bringen Sie Verbesserungsvorschläge. Gemeinsam Lösungen zu suchen und zu finden ist sicher spannender und bringt Wohlen weiter. Zudem haben wir gerade vorher den Finanzplan behandelt. Es haben ihn grossmehrheitlich alle bestens zur Kenntnis genommen. Der Finanzplan basiert auf einem Steuerfuss von 115%. Es handelt sich um einen Planwerk, welches über mehrere Jahre hinausgeht. Das Budget ist ein Teilstück davon und dieses Teilstück, welches im Finanzplan enthalten ist sollte jetzt nicht einfach zurückgewiesen werden. Der Gemeinderat hat seine Arbeit gemacht und bittet Sie inständig, das Budget heute zu behandeln. Danke.

Fraktionsmeinungen

Dietrich-Meyer Stefanie: Unsere Aufgabe als Mitglieder des Einwohnerrates ist es, das Budget zu prüfen, durchzuarbeiten und am Schluss auch zu verabschieden. Eine Rückweisung ist genau das Gegenteil von dem. Der Gemeinderat und alle Abteilung der Verwaltung haben alle, insbesondere die bevorstehenden Ausgaben, kritisch geprüft und die Sparmassnahmen getroffen, welche möglich gewesen sind. Mit einer Rückweisung erreichen wir nämlich gar nichts. Im Gegenteil, wir verlieren Zeit, Budgetsicherheit auf Beginn des Jahres und zuletzt auch unser Ruf als verantwortungsvolles Parlament. Unsere Faktion stimmt grossmehrheitlich gegen diese Rückweisung.

Elsässer Astrid, Grüne: Ich kann mich den Worten von Stefanie Dietrich eigentlich nur anschliessen. Auch wir sind der Meinung, dass die Verwaltung und der Gemeinderat ihre Aufgaben erledigt haben und jetzt liegt es bei uns, die unsere Aufgabe wahrzunehmen. Dies machen wir nicht, indem wir das Budget einfach zurückweisen, sondern wirklich darüber debattieren, mitarbeiten und dort wo wir noch Ideen haben können wir Verbesserungen anbringen. Aus diesem Grund sind wir auch gegen eine Rückweisung des Budgets.

Stirnemann Alex, SP: Auch die SP ist mehrheitlich der Meinung, dass das Budget heute behandelt werden muss. Das ist unsere Aufgabe. Wenn wir dies nicht machen, dann frage ich mich also schon, weshalb ich Einwohnerrat geworden bin. Ich sehe nicht ein, dass wenn die Verantwortung bei mir liegt, ich sie dann wieder zurückgebe. Wir haben heute die Möglichkeit, Anträge zur Kürzung oder Erhöhung des Budgets zu stellen. Dies ist jetzt unsere Aufgabe, welche wir wahrzunehmen haben. Die Anträge, ob Erhöhung oder Kürzung, müssen fundiert sein, sodass sich der Einwohnerrat ein umfassendes Bild über die Auswirkungen erstellen kann. In diesem Sinn möchten wir Sie alle dazu ermuntern, unsere Pflicht wahrzunehmen und gemeinsam das Budget anzupacken. Wir werden die Rückweisung grossmehrheitlich nicht unterstützen.

Sax Simon, GLP/EVP: Unsere Fraktion ist gegen die Rückweisung. Wir sind der Meinung, dass wir heute Abend das Budget beraten können und auch sollen. Von unserem Gemeindeammann haben wir vorhin gehört, dass Wohlen kostenseitig gut unterwegs ist. Diese Einschätzung teilen wir. In der Vergangenheit haben wir festgestellt, dass sogenannte Einsparungen häufig nur Verschiebungen waren. Aus diesem Grund bringt es unserer Meinung nach nichts, das Budget zurückzuweisen. Wir werden dem Rückweisungsantrag nicht zustimmen.

Geissmann Thomas, FDP/Dorfteil Anglikon: Es steht ein Rückweisungsantrag im Raum. Unsere Fraktion wird den Rückweisungsantrag unterstützen. Wir begründen dies wie folgt. Die Pflicht eines Parlamentes ist es, schlussendlich das Budget zu verabschieden. Das haben wir jetzt gerade gehört. Wenn uns etwas nicht passt, dann müssen wir halt einen Änderungsantrag stellen. Bei jeder Gelegenheit wird uns diese Weisheit unter die Nase gerieben. Ein Parlament beschliesst jedoch ein Budget als Ganzes. Einzelne Korrekturen mögen noch angehen. Seit Jahren pochen wir jedoch darauf, dass die Ausgabenposten von Grund auf kritisch hinterfragt werden und uns ein Bericht über ein mögliches Sparpotential vorgelegt wird. Geschehen ist genau gar nichts. Jetzt sollen wir diese Arbeit heute Abend innerhalb weniger Stunden erledigen. Das wäre – unserer Meinung nach – im höchsten Masse unseriös. Es ist die Aufgabe vom Gemeinderat, das Sparpotential aufzudecken. Uns würde es ja schon reichen, wenn die Ausgaben nicht überproportional ansteigen würden. Es ist nämlich ein Mythos, dass wir ein Einnahmeproblem und kein Ausgabeproblem haben. Betrachtet man die letzten sechs Jahre sind die Ausgaben rund doppelt so schnell gewachsen wie die Einnahmen. Die Ausgaben sind in diesem Zeitraum insgesamt knapp über 20% angestiegen, während die Steuereinnahmen heute knapp 10% über dem Niveau vor sechs Jahren liegen. Auch der Finanz- und Lastenausgleich hat an diesem Bild nichts verändert, obwohl er uns eigentlich massiv entlasten sollte. Ich habe in der vorhergehenden Debatte, in welcher es um den Finanzplan gegangen ist, sehr genau zugehört. Entlarvend waren zwei Aussagen. Einerseits haben wir von Ariane Gregor vernommen, dass die Kennzahlen deutlich zeigen, dass Mehreinnahmen notwendig sind. Das muss nicht so sein. Die Kennzahlen können genauso deutlich aufzeigen, dass wir zu viel ausgeben. Das ist eben auch eine mögliche Betrachtungsweise. Und genau diesen „Mindset“ würde ich mir vom Gemeinderat wünschen. Der Gemeinderat soll nicht einfach immer nur beim Steuerfuss ansetzen, sondern sich einmal die Ausgabenseite genauer anschauen. Auch von unserem Gemeindeammann haben wir eine Aussage gehört und zwar, dass die Kosten im Griff sind. Das ist wunderbar. Wir weisen sehr tiefe pro-Kopf-Ausgaben aus. Klar gibt beispielsweise die Stadt Baden etwas mehr aus, weil sie noch Marketing und Tourismus betreiben. Das ist für uns nicht wirklich ein Vergleich. Letztendlich geht es darum, dass sich die Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht befinden. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er endlich angemessene Ertragsüberschüsse über ein moderateres Ausgabenwachstum bewerkstelligt, statt ständig den Hebel beim Steuerfuss anzusetzen. Das ist möglich, wenn man es denn wirklich möchte. Stimmen Sie für die Rückweisung und folgen Sie dem Antrag der FGPK.

Christen Peter, SVP: Ich bedanke mich bei Thomas Geissmann. Er hat ganz viel erwähnt, was ich eigentlich auch sagen wollte. Selbstverständlich ist die SVP nicht bereit dieses Budget auf der Basis von einem Steuerfuss von 115% zu diskutieren. Wir erachten das nicht als nötig und auch wir haben keine nun drei Stunden lang Anträge zu behandeln, um nur wenig sparen zu können in dieser Diskussion. Ich erinnere an die letzte Diskussion, welche wir vor einem Jahr geführt hatten. Diese verlief in dieselbe Richtung. Wir werden das Budget einstimmig zurückweisen.

Einzelvoten

Donat Ruedi, CVP: Es ist für mich schon erstaunlich, dass unsere eigene Kommission den Antrag stellt, um im Einwohnerrat nicht zu diskutieren. Ich erachte dies als Affront gegenüber der Wohler Bevölkerung. Der Einwohnerrat nimmt die ureigene Aufgabe – nämlich die Behandlung des Budgets – nicht wahr. Das ist Arbeitsverweigerung und nichts anderes. Ich bitte Sie, diesem Rückweisungsantrag nicht stattzugeben. Thomas Geissmann möchte ich noch mitteilen, dass ich nicht nachvollziehen kann, weshalb drei bis vier Stunden Beratung unseriös sein sollen. Ich frage mich, was der Einwohnerrat dann noch zu tun hat.

Hoffmann Thomas, FDP: Der Einwohnerrat hat beim Budget die gleichen Möglichkeiten, wie bei jedem anderen Bericht und Antrag auch. Er kann das Geschäft zurückweisen und der Gemeinderat erhält die Chance, entsprechende Korrekturen anzubringen und es nochmals dem Einwohnerrat vorzulegen. Er kann es ablehnen, dann ist das Geschäft erledigt. Natürlich macht eine Ablehnung des Budgets überhaupt keinen Sinn. Eine weitere Möglichkeit ist die Genehmigung. Also ist beim Budget eine Rückweisung gleich wie eine Ablehnung. Die Wohler Bevölkerung hat dafür gestimmt, dass das Schwimmbad/Kunsteisbahn und der Bahnhof neu gebaut werden. Sie haben jedoch klar gegen eine Steuerfusserhöhung von 5% gestimmt. Ob ein Steuerfuss von 113% vor dem Volk eine Chance gehabt hätte, wissen wir nicht. Das haben Sie ja geschickt verhindert. Dass der Gemeinderat nun ein halbes Jahr später wieder ein Budget mit einem Steuerfuss von 115% vorlegt, zeigt, dass er den Volkswillen nicht ernst nimmt. Der Gemeinderat hat im Moment die Aufgabe, ein Budget mit ausgeglichene Einnahmen zu erstellen. Das ist der Volkswillen. Eine Rückweisung kostet weder mehr Zeit noch mehr Geld – Stefanie Dietrich. Wenn wir es heute genehmigen, wird es im November dem Stimmvolk zur Genehmigung vorgelegt. Es wird abgelehnt und dann haben wir 60 Tage Zeit, ein neues Budget zu machen. Das bedeutet Januar 2020. Dann folgt wieder eine Volksabstimmung im Februar/März und der Regierungsrat wird im Mai/Juni sein Segen dazu geben. Wenn wir das Budget jetzt zurückweisen, dann kommt das überarbeitete Budget ebenfalls im Januar 2020 vor den Einwohnerrat und es geht genau gleich weiter. Jetzt stehen die Parteien nicht hinter diesem Budget. An einer Volksabstimmung wird es somit sehr schwer werden ein Ja zu erhalten. Wenn es der Gemeinderat hingegen schafft, ein Budget genehmigen zu lassen, welches von allen Parteien gutgeheissen wird, dann hat es auch vor dem Stimmvolk eine bessere Chance. Eine pauschale Kürzung von Positionen, welche Harry Lütolf irgendwie willkürlich ausgesucht hat, ist absolut laienhaft und unprofessionell. Aus unserer Sicht ist dieses Vorgehen sogar fahrlässig, pauschale Kürzungen über verschieden Kostenarten durchzuführen. Ich erachte es als sinnvoller, wenn der Gemeinderat und die Verwaltung – als absolute Profis – das Budget optimieren. Denn sie wissen, wo es angepasst werden kann, sodass es auch umsetzbar ist. Geben wir dem Gemeinderat die Chance und weisen das Budget 2020 zurück. Dies mit dem klaren Auftrag, dass mindestens CHF 700'000 optimiert werden muss und den Steuerfuss auf maximal 113% anzupassen.

Nicoll Jonathan, SVP: Als ehemaliges Mitglied der FGPK möchte ich die FGPK in Schutz nehmen. Die FGPK hat einen sehr seriösen Job erledigt. Ich habe gehört, dass es sich um über 100 Positionen handelt, welche kritisch hinterfragt wurden und bei denen Änderungsanträge erfolgen könnten. Dass die FGPK eine Rückweisung beantragt, braucht ja relativ viel. Wenn es lediglich um 30 oder 40 Positionen handeln würde, dann würde eine Diskussion in diesem Saal Sinn ergeben. Nur heute sind wir noch nicht an dieser Stelle.

Lütolf Harry, CVP: Es handelt sich heute um meine 7. Budgetdebatte, welche ich miterlebe. Die Gemeinde Wohlen ist also schon speziell. Von diesen sieben Debatten hatten wir bereits zwei Mal eine Rückweisung und diese ist die Dritte, welche durch die FGPK beantragt wird. Sie können recherchieren: Landauf, landab ist dies einmalig. In dieser Regelmässigkeit Rückweisungen zu beschliessen, ist wirklich eine unsägliche Mode, welche in diesem Dorf Einzug gehalten hat. Wer heute für eine Rückweisung stimmt, der ist in seiner Rolle als Parlamentarier noch nicht angekommen. Er hat ein falsches Rollenverständnis vom Parlament. In allen anderen Gemeinden schaffen sie es. Sogar in Gemeinden mit viel komplexeren Budgets als in der Gemeinde Wohlen. Bei unserem Budget handelt es sich nicht um etwas Komplexes. Es gibt viel grössere Gemeinden in diesem Land. Wir könnten das Budget auch am morgigen Termin noch weiter beraten. Man muss sich halt das zweite Datum dafür reservieren und nicht noch einen Termin zum Jassen abmachen. Gerne mache ich ein Beispiel. Der Staat Dänemark hat in einer 14-stündigen Debatte das Budget verabschiedet. Man hat unter anderem über einen Elefant diskutiert, welcher erworben hätte sollen und das Kamel dazu. Man hat sich dort Mühe gegeben. Grosses Budget und grosse Sache. Man ist Position für Position durchgegangen. In vielen Schweizer Gemeinden wird dies genauso gemacht. Das ist die Aufgabe eines Parlamentariers. Die Aufgabe ist, das Budget Position für Position durchzugehen und Änderungsanträge zu stellen. Das müssen wir hier machen und wir können uns dem nicht entziehen. Ich habe vernommen, dass es einige Kürzungsanträge gibt. Aus einer interfraktionellen Arbeitsgruppe sind Vorschläge vorhanden, welche man in das Parlament tragen könnte. Bringen Sie Ihre Anträge heute und wir können normal darüber Beschluss fassen. Ich habe heute Abend nichts mehr anderes abgemacht und habe Zeit.

Ich höre sehr gerne zu. Genehmigen wir das Budget heute. Es macht keinen Sinn, wieder mit einem Notbudget zu starten. Weisen wir das Budget heute zurück, dann starten wir ab 1. Januar 2020 wieder im Notmodus. Das sollte ein Parlament nicht machen und man kann es der Verwaltung auch nicht zumuten. Auch muss wieder das ganze Personal aufgeboten werden, was eine Unart darstellt. Wir schicken alle wieder nach Hause, ohne dass sie etwas dazu sagen konnten und ohne dass wir eine Chance hatten, uns inhaltlich dazu zu äussern. Das Budget einfach dem Gemeinderat zurückzuweisen und zu sagen, sie sollen es nochmals bringen, das geht nicht. Sie sind in Ihrer Rolle nicht angekommen. Ein ganz kreativer Vorschlag für diejenigen, welche für eine Rückweisung stimmen, wäre ein Verzicht auf das heutige Sitzungsgeld. Das würde etwa einen Betrag von CHF 2'000 ausmachen. Das wäre eine gute Einsparung für diejenigen, welche meinen, dass sie heute ihre Arbeit nicht machen müssen.

Pascolin Laura, SP: Aus meiner Sicht ist der Gemeinderat besser in der Lage, Einsparungen im Budget vorzunehmen. Der Gemeinderat hat ein vertieftes Wissen über das Budget, weil er sich täglich mit diesen Themen und Zahlen beschäftigt oder beschäftigen sollte. Zudem finde ich es nicht nötig stundenlang über Einsparungen von Büromaterial, Drucksachen und Publikationen zu debattieren. Der Antrag der CVP mit Einsparungen nach Artengliederung von CHF 640'000 könnte sich der Gemeinderat als Anstoss für die 2. Vorlage nehmen. Deshalb bitte ich den Gemeinderat, ein mehrheitsfähiges Budget und Steuerfuss vorzulegen. Mit mehrheitsfähig meine ich auch mehrheitsfähig beim Volk.

Geissmann Thomas, FDP: Es wurde gesagt, dass es sich um einen Affront gegenüber dem Volk handelt, das Budget zurückzuweisen. Ein Affront ist es gewesen, dem Stimmvolk jeweils ein Budget mit demselben Steuerfuss vorzulegen. Das war tatsächlich ein Affront. Es wurde gesagt, dass der Einwohnerrat dem Volk zu sagen hat, was zu tun ist. Für mich ist das arrogant. Und arrogant ist es auch, wenn seitens der CVP gesagt wird, dass wir lieben Jassen würden statt heute das Budget zu behandeln. Das ist auch arrogant.

Christen Peter, SVP: Ich möchte zur Aussage von Harry Lütolf, in Bezug auf das Nichtankommen in der Rolle als Einwohnerrat, Stellung nehmen. Harry Lütolf kann dies wohl so sehen. Ich bin der Meinung, dass alle angekommen sind und immer pünktlich zum Sitzungsbeginn anwesend sind. Das ist nicht bei allen der Fall.

Stirnemann Alex, SP: Ich denke, ich erkenne das Problem. Es ist schwierig, ein Budget zu kürzen und bei einer Gemeinde ist dies umso schwerer, da ein grosser Teil davon gar nicht von uns bestimmt werden kann. Wir nutzen jede Möglichkeit aus, um Einsparungen vorzunehmen in der Gemeinde und noch weitere zu finden, ist wohl kaum eine einfache Aufgabe. Wir sind nicht wie eine Stadt Baden, welche einfach einmal CHF 200'000 aus seinem Kulturbudget streichen kann. Da unser Budget bereits so tief ist, dass man gar nichts mehr rausstreichen kann. Die bürgerliche Mehrheit behauptet, der Gemeinderat wisse, wo er noch sparen kann. Ich behaupte, dass das eben nicht so ist. Wenn Sie wirklich sparen möchten, dann müssten Sie ganz klar Vorschläge bringen. Ansonsten wurde die Aufgabe des Einwohnerrates nicht erfüllt.

Heinsalo Mika, FGPK/Dorfteil Anglikon: Der Job der FGPK ist es, das Budget kritisch zu prüfen. Dies haben wir entsprechend wahrgenommen. Wir haben in einer kleinen Arbeitsgruppe drei Seiten mit Verbesserungspotential gefunden. Wir schauen selbstverständlich gerne mit dem Gemeinderat an, wo es Sparmöglichkeiten gibt. Wir haben Positionen von CHF 1.8 Mio. geprüft, bei welchen Sparpotential möglich wäre. Davon sind wir sicher, ist CHF 1 Mio. aus dem Budget zu streichen. Die sehr emotionalen Reden von Harry Lütolf mögen wir ja sehr, aber auf die versteckten Beleidigungen können wir gerne verzichten. Die Anspielungen heute sind meiner Meinung nach etwas zu weit gegangen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Der Gemeinderat ist jederzeit bereit, über alle Vorschläge zu diskutieren. Sehr gerne sind wir bereit dies im Vorfeld zu machen. Zum Beispiel an einer FGPK-Sitzung. Ich habe auch über Umwege erfahren, was für Anträge vorhanden sind. Es ist tatsächlich nicht sehr seriös, wenn diese Anträge nicht ausführlich geprüft werden können. Es muss beurteilt werden können, was möglich ist und was nicht. Der Gemeinderat erachtet es als sehr schade, dass die Vorschläge der FGPK nicht im Vorfeld an den Gemeinderat gelangen. Es führt nun dazu, dass wir sämtliche Anträge, welche jetzt gestellt werden, ablehnen müssen. Wir können gar nicht anders, weil wir ja davon überzeugt sind, dass das vorliegende Budget das Richtige ist. Beim nächsten Budgetprozess wäre der Gemeinderat somit sehr froh, wenn die vielen Anträge und die Vorstellungen im Rahmen der Diskussion der FGPK – das ist nämlich das richtige Organ dafür – mitgeteilt würden.

Heinrich Daniel, CVP: Ich fühle mich heute Abend etwas angegriffen. Ich bin Mitglied der FGPK und ich kann Ihnen etwas sagen. Die FDP hat es vorhin gut ausgeführt. Wenn wir die Kürzungsanträge heute Abend behandeln möchten, dann werden wir für Stunden hier sitzen. Die FGPK hat bereits einige Stunden aufgewendet, um Posten zu finden, bei welchen man Einsparungen vornehmen könnte. Wir haben Positionen im Gesamtbetrag von CHF 1.8 Mio. gefunden. Dieser Betrag erschien uns etwas hoch und wir gingen dann auf einen Betrag von CHF 900'000. Auch dies haben wir geprüft. Bei dieser Prüfung haben wir festgestellt, dass es vielleicht die falschen treffen könnte. Wir könnten zum Beispiel beantragen, dass wir keine Schullager etc. mehr finanzieren. Diese Woche habe ich im Tages Anzeiger einen Bericht über eine Zürcher Gemeinde gefunden, welche Geld von einer Bank erhalten hat. Sie haben dies dann gleich für die Durchführung der Schullager verwendet, da diese dort gestrichen worden waren. Unsere Überlegungen waren dann wie folgt: Wenn wir hier Posten kürzen, dann laufen wir Gefahr, dass wir am falschen Ort kürzen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass das Budget wieder zurück an den Gemeinderat geht. Der Gemeinderat weiss dann ganz genau, wo noch Kürzungen möglich sind, sodass es niemandem Schaden bringt. Es sollen ja am Ende alle etwas davon haben. Die Frage ist wirklich, was wir tun sollen. Wir haben uns das lange überlegt und wir haben lange diskutiert. Die Entscheidung war dann, dass wir das Geschäft dem Gemeinderat zurückweisen.

Heinsalo Mika, Dorfteil Anglikon: Mein Vorschlag ist noch immer, dass der nächste Budgetprozess dahingehend angepasst wird, dass die FGPK von Anfang an miteinbezogen wird. So könnte man gewährleisten, dass dann bereits in der Kommission ein Konsens gefunden wird. Das können wir dann sicher auch besser gegenüber dem Einwohnerrat vertreten.

Keller Anna, Grüne: Ich möchte festhalten, dass die Mitglieder der FGPK nicht im Detail über Änderungsvorschläge diskutiert haben. Es wurden zwar teilweise Anträge miteinander angeschaut, aber wir haben weder einen Konsens gefunden noch im Detail das miteinander angeschaut. Das wirkt nun vielleicht so. Ich denke, dem Gemeinderat würde dies nur etwas nützen, wenn dies tatsächlich von der Kommission vorgeschlagene Sachen wären. Alles andere ist nur „möchte gern“ und „man könnte auch noch“. Und wenn drei oder vier Personen etwas wollen, dann bedeutet das noch nicht, dass dies auch die Meinung der gesamten Kommission darstellt. Es war tatsächlich so, dass sich die FGPK nicht darüber einig wurde, welches der richtige Weg ist. Eine Mehrheit stimmte für diese Rückweisung, aber es gibt eine Minderheit, welche diese Ansicht nicht geteilt hat. Sie sehen, das Thema zieht sich durch.

Gregor Ariane, Gemeinderätin: Von Mika Heinsalo haben wir gerade gehört, dass er zusammen mit der FGPK frühzeitig in den Budgetprozess miteinbezogen werden möchte. Das wäre dann im März. Leider ist dies nicht möglich. Ich bin jedoch der Meinung, dass man den Gemeinderat seine Arbeit auch machen lassen muss, denn es ist unsere Arbeit ein Budget zu erstellen. Wir kommen auf die FGPK zu. Die FGPK hat die Möglichkeit, zum Budget Fragen zu stellen. Ich finde den jetzigen Prozess sehr gut und ich weiss nicht, weshalb die Aussage kommt, dass die FGPK nicht eingebunden wird. Diese Aussage kann ich so nicht gelten lassen. Weiter weise ich darauf hin, dass viele der Budgetposition auf Verträgen beruht, welche nicht einfach so gekürzt werden können. Dass Sie dies nicht wissen, ist mir klar. Aus diesem Grund kann die FGPK ja auch Fragen stellen. Wenn für Sie noch Fragen offen sind, dann dürfen Sie diese gerne stellen. Wir beantworten diese sehr gerne. Aber ich bitte Sie, lassen Sie uns doch unsere Arbeit machen, ansonsten dürfen Sie gerne den Platz hier vorne einnehmen – alle 40 Einwohnerräte.

Donat Ruedi, CVP: Ich glaube, Mika Heinsalo ist wirklich noch nicht angekommen. Es fehlt einfach das Rollenverständnis. Der Gemeinderat hat die Rolle, ein Budget zu planen und an diversen Lesungen darüber zu befinden. Danach erhält der Einwohnerrat die ehrenvolle Aufgabe, über das Budget zu befinden. Stellen Sie Ihren Antrag um Streichung der Lager, dann kann der Einwohnerrat darüber diskutieren und abstimmen. Dies war übrigens auch schon ein Thema bei einer früheren Budgetdebatte. Man hat die Gelder für die Lager zum Glück nicht gestrichen.

Läufer Marc, SVP: Ariane Gregor hat es richtig gesagt. Wir können heute Abend über Positionen diskutieren, bei welchen wir gar keine Ahnung haben und es im Hintergrund Verträge gibt. Wir haben dann zwar etwas beschlossen, aber umsetzbar ist es nicht. Geben wir doch den Verwaltungsfachleuten und dem Gemeinderat die Chance noch einmal über die Bücher zu gehen und uns dann anschliessend entsprechend zu orientieren.

Abstimmung Rückweisungsantrag

Der Rückweisungsantrag wird mit 19 Ja-Stimmen zu 16 Nein-Stimmen angenommen.

Brunner Edwin, Präsident: Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 9. und 10. Dezember 2019 statt, Sitzungsbeginn ist jeweils um 18.00 Uhr. Die Zustellung der Traktandenliste erfolgt fristgerecht.

Ich danke allen für die konstruktive Mitarbeit und erkläre die Sitzung für geschlossen.

Für das Protokoll



Edwin Brunner
Präsident



Michelle Hunziker
Gemeindeschreiber-Stv.